



STADT VELBERT

Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2023

Reden der Vorsitzenden der Fraktionen
anlässlich der Verabschiedung des
Haushaltsplanentwurfes 2023
im Rat der Stadt Velbert am 16. Mai 2023

Inhaltsverzeichnis:	<u>Seite</u>
Nico Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion	3
Andreas Kanschat, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	9
Rainer Hübinger, Vorsitzender der SPD-Fraktion	14
Dirk aus dem Siepen, Vorsitzender der UVB-Fraktion	liegt bisher nicht vor
August Friedrich Tonscheid, Vorsitzender der Fraktion Velbert anders	liegt bisher nicht vor
Uwe Matysik, Vorsitzender der AfD-Fraktion	18
Thorsten Hilgers, Vorsitzender der FDP-Fraktion	22
Harry Gohr, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE	29
Martin Schwarz, Vorsitzender der Fraktion Die Piraten	32

Hinweise:

- Für die Texte und den Inhalt der Reden sind die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden verantwortlich.
- Es gilt das gesprochene Wort.

Impressum:

www.velbert.de

Nico Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Velbert zukunftssicher gestalten, ist die Absicht der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Velbert. Ist das realitätsnah und machbar?

Sind die Nachwehen aus der Corona-Krise und dem Krieg in der Ukraine eine zu große Bürde für den Kommunalhaushalt? Können wir dem Klimawandel und den damit einhergehenden Folgen noch zielgerichtet begegnen?

Wir meinen: „Da geht was!“

Die Stadt Velbert ist erstaunlich gut durch die Krise gekommen und das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger in Vereinen und Verbänden sorgt für eine starke Stadtgesellschaft.

Kleine und große, aber gemeinsame Schritte mit zuverlässigen Partnern sind ein Schlüssel zum Erfolg. Gemeinsam mit Bündnis 90 / die Grünen und Velbert Anders gibt es einen Konsens für den Haushalt 2023.

Die Schnittmenge ist hier nicht die Schnittmenge von politischen Ideologien, sondern das Machbare, was Velbert attraktiv, lebens- und liebenswert gestalten wird.

Zu unseren Vorstellungen für die Zukunft unserer Stadt äußern wir uns daher in zehn Punkten wie folgt:

1. Die CDU-Velbert ist für Steuererhöhungen nicht zu haben:

Kostensteigerungen in allen Bereichen belasten die Menschen spürbar. Jeden Monat Kaufkraftverlust, das spürt jeder.

Zusätzliche Zinsbelastungen und Nachzahlungen bei den Energiekosten sind noch eine Schippe drauf.

Hier müssen wir als Kommunalpolitik den Menschen eine Konstante bieten und nicht zusätzlich an der Kostenschraube drehen.

Die CDU-Fraktion Velbert spricht sich daher gegen eine Erhöhung kommunaler Steuern aus. Das Volumen der Grundsteuer und der Hebesatz der Gewerbesteuer bleiben unangetastet.

Um sowohl als Wohnort als auch als Gewerbestandort wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen wir stattdessen attraktive Standortbedingungen schaffen.

2. Der Standort Velbert wird für das Gewerbe weiter gestärkt

Die Gewerbelandschaft in Velbert muss kommunal noch besser unterstützt werden. Diese Unterstützung schaffen wir durch zusätzliche Stellen und ein neues Konzept im Bereich der Wirtschaftsförderung.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen die Bedürfnisse der Gewerbebetriebe erkennen, effizient entlasten und bei Fördermöglichkeiten zur Seite stehen.

Ein Fokus muss in Zukunft auch die Beratung und Begleitung unserer ansässigen Unternehmen bei der Transformation, hin zur Klimaneutralität sein. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen brauchen weitere Unterstützung, um auch in diesem Bereich wettbewerbsfähig zu bleiben.

Wirtschaftsförderungen ist für uns kundenorientiert. Daher kommt nach unserer Auffassung die Wirtschaftsförderung in den Betrieb und nicht der Betrieb ins Rathaus.

Das Ziel ist klar: Bestehende Betriebe am Standort Velbert stärken und neue dazugewinnen.

Gewerbe stärken und weiteres Gewerbe ansiedeln, werden wir nur dann können, wenn wir auch weitere Gewerbeflächen ausweisen und entwickeln. Gemeinsam mit der Stadtverwaltung, unserem Kooperationspartner und den Grundstückseigentümern gilt es dabei neben neuen Flächen, die zum Teil seit Jahren nicht genutzten Flächen, kritisch zu betrachten und neu zu entwickeln.

3. Wohnraum – attraktiv, bezahlbar und kommunal unterstützt

In Zeiten von steigenden Zinsen und Baukosten und Reallohnverlusten ist der Weg zum Eigenheim steiniger geworden. Der Weg zur Mietwohnung ebenfalls.

Wir wissen: Kleine und große Wohnungsbaugesellschaften sind zurückhaltender geworden und verschieben Projekte, auch hier in Velbert.

Die Wohnungsbaugesellschaft Velbert, soll hier stärker als bisher Verantwortung übernehmen. Es gilt die Entwicklung von Quartieren und Lebensräumen voranzutreiben. Dabei geht es nicht nur um sozialen Wohnungsbau oder sehr hochpreisige Objekte, sondern vor allem um bezahlbaren Wohnungsbau für Familien sowie Facharbeiterinnen und Facharbeiter.

Mit dem Wohnbauflächenentwicklungsplan haben wir dafür bereits eine gute Grundlage geschaffen.

In der Umsetzung möchten wir nun gemeinsam Neuversiegelungen auf das notwendige Maß beschränken und aktuell versiegelte Flächen zum Beispiel auf Plätzen im Stadtgebiet entsiegeln und dadurch das Mikroklima verbessern.

4. Schule, Bildung und Kultur sind wichtige Standortfaktoren

Neben dem dafür notwendigen Wohnraum, kann unsere Heimatstadt nur dann als attraktiver Wohnort gelten, wenn wir passende Angebote für Jung und Alt im Bereich Bildung und Kultur vorweisen können.

Die steigenden Schülerzahlen und die damit verbundenen Veränderungen in der Schullandschaft werden für die Stadt ein Kraftakt. Bei allen Neubauten dürfen wir aber auch die notwendige Renovierung und energetische Sanierung von Bestandsgebäuden nicht aus dem Fokus verlieren.

Die Kulturlöwen Velbert haben sich zu einem professionellen Anbieter moderner und ansprechender Kulturformate entwickelt.

Wir sind sehr zuversichtlich, dass die Kulturlöwen im neuen Forum Velbert, dem historischen Bürgerhaus in Langenberg und in der Vorburg des Schloss Hardenberg ein großes Publikum begeistern werden.

Durch eine angemessene Preisgestaltung soll Kultur und deren Darbietung insbesondere für die vielen Kulturschaffenden unserer Stadt zum Beispiel im Bereich der Musik, des Karnevals, der bildenden Kunst und des Tanzes erschwinglich bleiben.

Dabei wird auch eine bessere Vernetzung von Kulturlöwen und unserem örtlichem Kultur-Netzwerk hilfreich sein. Wir möchte die vielfältige Arbeit der Künstlerinnen und Künstler stärker als bisher zu unterstützen und ihnen eine Bühne zur Darbietung ihrer Künste zu bieten.

5. Wir halten zum Sport!

Die Sportlandschaft in Velbert ist vielfältig.

Das Vereinsleben lebt auch in Velbert vom ehrenamtlichen Engagement vieler Übungsleiterinnen und Übungsleiter und Vereinsvorstände.

Durch die Erweiterung der beiden Sportplätze in Birth und am Böttinger Platz werden wir dieses Engagement unterstützen und weiteren Kindern und Jugendlichen die Chance einer Mitgliedschaft in den Sportvereinen ermöglichen.

Damit möchten wir in beiden Stadtteilen weitere Akzente für die Integration in unsere Stadtgesellschaft setzen.

Die Möglichkeiten der städtischen Sportplätze sind damit beinahe vollständig ausgereizt. Zusätzliche Erweiterungen sind von unserer Fraktion nicht geplant.

An dieser Stelle möchte ich einen großen Dank der CDU-Fraktion an die Ehrenamtler im Vereinssport und an die Verantwortlichen des Stadtsportbunds für die großartige Arbeit aussprechen!

6. In Velbert muss sich jeder Bürger sicher fühlen

Es gibt öffentliche Bereiche in Velbert, in denen sich Velberter Bürgerinnen und Bürger unwohl fühlen, insbesondere in den Abendstunden. Zu diesen Bereichen zählen auch die Unterstadt mit dem Schwerpunkt untere Friedrichstraße und der ZOB.

Dieses Unsicherheitsgefühl belegt man nicht mit Kriminalstatistiken. Man muss den Menschen zuhören und zeigen, dass Stadtplanung und Ordnungsmaßnahmen Lösungen bereithalten.

Wir haben den Menschen zugehört und setzen nun die notwendigen Rahmenbedingungen:

Städtebaulich sind ab 2025 verschiedene Baumaßnahmen in der unteren Friedrichstraße geplant, die zur Verbesserung des Stadtbildes beitragen werden.

Die gefühlte Sicherheit ist auch durch vermehrte Streifentätigkeit des Kommunalen Ordnungsdienstes und der Polizei zu verbessern. Als CDU-Fraktion erwarten wir dabei zukünftig eine deutlich stärkere Präsenz des Ordnungsamtes in den entsprechenden Stadtgebieten.

Im richtigen Maß sollen Ordnungsverstöße gezielt ermittelt, aufgeklärt und geahndet werden.

Das gilt für Verstöße aller Art: Angefangen bei der Müllentsorgung über verbotenes Glücksspiel bis hin zum Sozialbetrug.

Selbst die Einhaltung der Schulpflicht ist in diesem Zusammenhang ein Teil konsequenter sozialer Stadtentwicklung.

7. Konsolidierung der Ausgaben

Sehr geehrte Damen und Herren,

die kommunale Finanzplanung in Velbert ist durch die Corona-Maßnahmen, die Kosten der gestiegenen Zuwanderung, die steigenden Preise in allen Lebensbereichen und den damit verbundenen Isolierungsmaßnahmen im Haushalt belastet.

Es liegt in der kommunalen Verantwortung, zukünftige Generationen nicht zu überlasten. Wir wollen Schulden abbauen, ohne heute und morgen Möglichkeiten auszulassen.

Unsere Anträge zum Haushalt haben sich daher in diesem Jahr, neben der dringend notwendigen Erweiterung der beiden Sportplätze, auf einige weitere Anträge zur Reduzierung der Ausgabensituation beschränkt.

Unpopulär, aber notwendig erscheint uns der Antrag, die Finanzen der Fraktionen anzuhähen. Diese sind seit 2011 unverändert und decken nicht mehr die notwendigen Bedarfe, um eine professionelle Begleitung der Stadtverwaltung zu gewährleisten.

8. Das Subsidiaritätsprinzip stärken

Insbesondere der Stellenaufwuchs im Sozial- und Jugendhilfebereich sowie die Kostensteigerungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung sind in Zukunft durch eine engere Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und freien Trägern zu stoppen.

Dazu ist die quartiersorientierte Sozialarbeit in den Stadtteilzentren deutlich zu stärken und die Mittel an die jeweiligen Träger gemäß unserer Anträge zu dynamisieren.

Wir sprechen in diesem Bereich seit Jahren über die stärkere Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips, eine Arbeit auf Augenhöhe zwischen Stadtverwaltung und freien Trägern und die sinnvolle Aufteilung von nicht hoheitlichen Aufgaben.

Alle Aufgaben im Sozial- und Jugendhilfebereich, die nicht zwangsläufig durch die Verwaltung selbst durchgeführt werden müssen, sollen nach Maßgabe unserer Kooperationsvereinbarung zukünftig ausgeschrieben und extern vergeben werden.

Als CDU-Fraktion erwarten wir für die nächsten Sitzungsrounden und den Haushaltsplan 2024 erkennbare Ansätze zur Umsetzung dieses, durch die Mehrheit der Politik forcierten Wegs, durch den zuständigen Dezernenten.

9. Ins digitale Rathaus führt eine Datenautobahn und nicht der Pkw

Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, dass wir im Bereich Digitalisierung schneller werden müssen, dies ist bisher nur zum Teil gelungen.

Wir erwarten für die Zukunft eine deutliche Steigerung des generellen Automatisierungsgrads von verwaltungsinternen Prozessen, um den Personalbestand der Verwaltung, auch bei weiteren hinzukommenden Aufgaben, nicht weiter aufzubauen.

Digitale Anträge und Genehmigungen müssen alltäglich und einfach sein.
Es ist Zeit für die papierlose Verwaltung und die E-Akte.

Gleichzeitig müssen wir die Arbeitsbedingungen der städtischen Mitarbeitenden so steigern, dass die Arbeit zukünftig mit vielen erfüllenden Tätigkeitsschwerpunkten versehen ist.

Bei der Konzeptionierung von Arbeitsplätzen sind die Aspekte des „New Work“ stärker zu beachten.

Alle Mitarbeitende erwarten hier zurecht eine adäquate Ausstattung, die sich an den Standards der Industrie messen lassen muss. Kommunale Arbeitgeber stehen mehr denn je im Wettbewerb.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch ein direktes Wort an die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung richten:

Uns ist bewusst, dass wir alle aktuell viel von Ihnen abverlangen. Aufgabenveränderung und Aufgabenverdichtung in Verbindung mit Personalmangel sind Bürde und Last und verlangen Ihnen viel ab.

Wir sind Ihnen für Ihre Arbeit für die Entwicklung unserer Stadt sehr dankbar und sind zuversichtlich, dass sich Ihr Einsatz für die Velberter Bürgerinnen und Bürger lohnen wird.

Wir möchten an dieser Stelle auch der Verwaltungsspitze rund um unseren Bürgermeister Dirk Lukrafka für die positive, zielgerichtete und professionelle Zusammenarbeit danken.

Ich persönlich möchte mich auch bei meiner eigenen Fraktion für das große Vertrauen, das gute Teamwork und die intensiven, aber stets konstruktiven Beratungen der vergangenen Wochen bedanken!

10. Keine Zeit für Wahlgeschenke, aber die richtigen Impulse für die Zukunft

Als CDU-Fraktion im Rat der Stadt Velbert bleiben wir auch in diesem Jahr unserer Haltung der vergangenen Jahre treu:

Wir sind (leider) nicht in der Zeit von (Wahl-)Geschenken.

Die Situation des städtischen Haushalts lässt wenig Spielraum, um die notwendigen Ausgaben gut zu meistern.

Aber: Wir haben die richtigen Themen im Blick:

Mit der Entwicklung von Wohnraum,

der Stärkung unserer Wirtschaftsförderung,

der Umsetzung des Klimakonzeptes,

der Eröffnung des Forums Velbert

und weiteren Maßnahmen zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels sind wir auf einem guten Weg in ein zukunftssicheres Velbert.

Gemeinsam mit unserem Kooperationspartner von Bündnis 90/Die Grünen und der konstruktiven Unterstützung von Velbert anders, gehen wir den Weg in ein zukunftssicheres Velbert gemeinsam weiter.

Wir stimmen dem Haushalt zu.

Vielen Dank!

Andreas Kanschat, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Lukrafka,
sehr geehrte Mitarbeitende der Verwaltung,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
sehr geehrte Damen und Herren der Presse,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

es hat sich etwas geändert in Velbert. Nicht nur, dass ich hier meine allererste Haushaltsrede nach fast 14 Jahren Kommunalpolitik halte, sondern auch, dass Bündnis 90 / Die Grünen und die CDU im letzten Jahr eine Kooperation geschlossen haben. An dieser Stelle möchte ich unserem Kooperationspartner schon mal danken, für die bisher sehr gute Zusammenarbeit und das Vertrauen, welches wir uns gegenseitig entgegenbringen. Des Weiteren bedanke ich mich ganz besonders bei meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen, denn auch hier galt die CDU bisher nicht unbedingt als natürlicher Partner der Grünen. Dennoch waren alle bereit, sich auf diese Partnerschaft einzulassen und wir arbeiten gemeinsam daran, dass unsere politische Zusammenarbeit auch ein Erfolg für Velbert wird.

Nach alldem bedanken möchte ich jetzt auf einige inhaltliche Punkte doch etwas tiefer eingehen:

Umwelt und Klimaschutz

Ich war vor 3 Wochen auf einer Informationsreise mit dem LVR (Landschaftsverband Rheinland) in Freiburg. Freiburg zählt in Deutschland zu den 3 Top-Adressen, wenn es um den Klimaschutz geht. Wir hatten ein langes Gespräch mit dem Leiter des Umweltamtes und ich muss Ihnen sagen, diese Aussprache mit den Erläuterungen hat mir ein wenig Angst gemacht und gezeigt, wie weit unser Weg bis zur Klimaneutralität noch sein wird. Freiburg ist etwa doppelt so groß wie Velbert (plus ca. 30.000 Studenten) und das Budget des Umweltamtes beträgt 12 Millionen Euro pro Jahr. Damit ist dieser finanzielle Rahmen 12-mal so hoch wie unser Etat hier in Velbert. Ich konnte mir einige großartige Projekte anschauen, beispielsweise überdachte Fahrradwege mit Photovoltaik auf dem Dach, Fassaden mit integrierten Photovoltaikanlagen, überall in der Stadt „grüne Inseln“ usw. usw. Erschreckend dabei ist, trotz allem, dass man dort seit 20 Jahren konsequent Klimaschutz betreibt, sagt der Leiter des Umweltamtes: „Freiburg bis 2035 klimaneutral zu bekommen, ist eine wahnsinnige Herausforderung!“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind hier in Velbert mindestens 10 bis 15 Jahre hinter Freiburg, und wenn wir jetzt nicht den Turbo einschalten und den Bereich Umwelt/Klimaschutz mit allem, was wir haben vorantreiben, dann schaffen wir die Wende nicht mal bis Ende 2045!

Also, was müssen wir tun?

Wir können den klima- und energiepolitischen Zielen, damit auch Velbert klimaneutral werden kann nur durch erheblich verstärkte Bemühungen gerecht werden. Dafür ist es u. a. dringend notwendig, die Energieversorgung der Stadtverwaltung und der städtischen Töchter auf regenerative, nachhaltige und dezentrale Energieerzeugung umzustellen. Dazu müssen wir aber auch den Ausbau der Ladeninfrastruktur schnellstmöglich vorantreiben.

Außerdem dürfen wir nicht vergessen, dass neben den notwendigen energetischen Sanierungen auch Photovoltaikanlagen auf jedem städtischen Gebäude erforderlich sind. Die Technik i. S. Photovoltaikbestückung ist heute schon sehr weit fortgeschritten, es gibt beispielsweise ultraleichte Panels, die selbst auf statisch kritischen Dächern keine Probleme bereiten. Aber auch integrierte Photovoltaikanlagen bei städtischen Parkräumen, auf Verkehrsflächen, Bauwerken oder über versiegelten Flächen wie Deponien ergeben große Potentiale, die künftig genutzt werden müssen. Darüber hinaus müssen wir die Bürgerinnen und Bürger

bei der Umsetzung eigener Vorhaben für regenerative Energienutzung wie Photovoltaikanlagen, Geothermie, Solar- und Windkraftanlagen unterstützen und dafür auch die erforderlichen Rahmenbedingungen seitens des kommunalen Energieversorgers sicherstellen. Ich könnte diese Liste jetzt noch lange fortsetzen, aber die Redezeit ist begrenzt und mit diesen Themen sollten und müssen sich die Fachausschüsse beschäftigen. Ich wollte Ihnen anhand meiner Beispiele aber unmissverständlich aufzeigen: Wir dürfen jetzt nicht mehr zögern, hadern und streiten, sondern müssen gemeinsam diese Dinge anpacken und voranbringen.

Klimagerechte und umweltverträgliche Mobilität

Wir müssen dringend möglichst viele geeignete Maßnahmen für den Radverkehr umsetzen. Der Panoramaradweg als Rückgrat muss gut angebunden und im Innenstadtbereich durch einen City-Radweg ergänzt werden. Das kostet nicht viel Geld, macht aber das Radfahren für viele sicherer und damit attraktiver. Einbahnstraßen, wo es geht, konsequent für Radfahrer in Gegenrichtung zu öffnen, kostet ebenfalls wenig Geld. Wir danken den Technischen Betrieben, die eine Vielzahl von Maßnahmen derzeit für die Umsetzung vorbereiten. Damit wir die angestrebte Verfünffachung des Radverkehrsanteils erreichen können, sind aber auch Land und Kreis als Straßenbaulastträger gefragt.

Wir dürfen auch nicht den Fehler begehen, jetzt Investitionen zurückzuhalten, um auf evtl. bessere und günstigere Tage zu warten. Hätten wir vor 20 Jahren schon unsere Million jedes Jahr in den Klimaschutz und die Klimaanpassung gesteckt, wären wir heute sehr viel weiter. Darüber hinaus müssen wir den ÖPNV-Verkehr deutlich ausbauen. Wir dürfen nicht ignorieren, nicht jeder will oder kann sich ein Auto leisten. Hierbei sehe ich u. a. die nicht unerheblich große Gruppe der jungen und älteren Mitbürger*innen, wobei auch die Berufspendler von einer besseren Schnellbusvernetzung in die Nachbarstädte profitieren würden. Das 49-Euro-Ticket macht den ÖPNV für viele Menschen trotz vieler Schwächen und mancher Verspätungen deutlich attraktiver. Diesen Rückenwind müssen wir auch in Velbert für die Stärkung des ÖPNV nutzen.

Finanzen

Unser Haushalt ist ausgeglichen, wenn auch nur knapp. Dies ist erst einmal positiv zu bewerten und spricht für die gute Arbeit, die unsere Kämmerei in Zusammenarbeit mit der Politik geleistet hat. Dabei dürfen wir aber nicht die Isolierungssummen vergessen, die wir seit Jahren in einen Schattenhaushalt buchen und die uns 2025 wieder auf die Füße fallen werden. Wir reden hierbei über mind. 40 bis 50 Mio. Euro, die wir ab 2025 in einem von uns noch zu bestimmenden Zeitraum zurückführen müssen. Hier werden wir als Politik gefordert sein, mit Blick auf unsere leeren Kassen aber auch mit Blick auf die zukünftigen Generationen eine vernünftige und hoffentlich generationengerechte Entscheidung zu fällen. Daher müssen wir die verbleibende Zeit nutzen, um alles dafür zu tun, dass wir Mehreinnahmen für die Stadt generieren können. Dazu haben wir jetzt die ersten Schritte unternommen, indem wir unsere Wirtschaftsförderung verstärkt haben und dies auch noch in Zukunft tun werden. Liebe Mitarbeiter*innen der Wirtschaftsförderung, auf Ihnen lastet jetzt leider eine sehr große Verantwortung. Doch ohne mehr Gewerbesteuererinnahmen wird es uns in Zukunft kaum möglich sein, unsere Ausgaben zu decken. Velberts Zukunft hängt also auch von Ihnen ab.

Stadtplanung / Flächenverbrauch

Wir Grüne wissen, dass eine Generierung von Mehreinnahmen nicht ohne Ansiedlung neuer Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe mit den ggfs. dazugehörigen Flächen gehen wird. Wir betrachten es aber dennoch als unsere Aufgabe weiterhin darauf zu achten, dass nicht leichtfertig die „grüne Wiese“ ausgewiesen wird, sondern es müssen alle bereits vorhandenen Flächen intensiv ins Auge gefasst werden. Dabei ist zu klären, welche Möglichkeiten hier bestehen, um zu verdichten oder gegebenenfalls auch alte Industriebrachen zu reaktivieren, um dort wieder neues Gewerbe anzusiedeln. Es muss beachtet werden, dass wir bautechnisch eher in die Höhe gehen als in die Breite zu wachsen. Natürlich, an dieser Stelle auch ein Satz zur Fläche „Großes Feld“: Wir werden eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben und uns diese genauestens anschauen, dann gemeinsam mit Stadt und Politik überlegen,

wie diese Fläche sinnvoll und nachhaltig zu nutzen wäre, und wie viel dieser Fläche überhaupt für irgendwelche Projekte in Frage kommt.

Gleiches gilt für alle neuen Wohnbauprojekte in unserer Stadt. Wir müssen aus Klima-, Natur- und Artenschutzgründen mit unseren Flächen sparsamer umgehen, und daher müssen wir weg vom klassischen Einfamilienhaus und hin zu Mehrgeschossbau, auch um die errechneten Bedarfe überhaupt decken zu können. Also gilt bei allen Planungen auch hier, mehr Höhe als Breite.

Wir sollten der Innenstadtentwicklung und Verdichtung den Vorrang geben, statt einer Zersiedelung durch Konzentration auf neue Wohnbaugebiete im Außenbereich. Auch unter Berücksichtigung einer alternden Bevölkerung, die zumeist ganz besonders auf kurze Wege bzw. eine gute Infrastruktur der Stadt und bezahlbaren Wohnraum angewiesen ist.

Im Bereich der gesamten Stadtplanung gilt, dass diese nur dann zukunftsfähig ist, wenn wir den notwendigen Klimaschutz und die erforderlichen Klimaanpassungen vorantreiben. Dazu gehört auch das Thema Innenstadtverkehr und der dazugehörige Parkraum. Wir müssen hier umdenken, wenn wir wirklich wollen, dass sich die Bürger in der Stadt mit dem Fahrrad bewegen sollen. Dafür werden wir sicherlich einigen Parkraum abzugeben müssen, für die benötigten Radwege und Radabstellplätze. Das wird nicht von heute auf morgen möglich sein, aber wir müssen jetzt anfangen und die Prozesse anschieben.

Die Dürrejahre 2018-2020 sowie 2022 und das Starkregenereignis im Juli 2021, haben die Auswirkungen der Klimakrise auch für Velbert noch einmal drastisch deutlich gemacht. Daher brauchen wir hier intelligente Entwässerungslösungen und einen funktionierenden, umweltverträglichen Hochwasserschutz. Ja, und auch einen Schutz unserer Wälder! Denn diese, zusammen mit den Bäumen und allen unseren Grünflächen im Innenstadtbereich, leisten einen großen Beitrag zur urbanen Klimaanpassung und damit auch unserer klimaanangepassten Gesundheitsvorsorge. Nach Schätzungen des Robert-Koch-Instituts sind beispielsweise allein im Sommer 2022 rund 4500 Menschen infolge von Hitze in Deutschland gestorben. Besonders betroffen waren der Westen und der Süden des Landes. Also, darum geht es doch im Endeffekt vielen hier im Saal: Um das Wohlbefinden aller Menschen - hier in unserer Stadt Velbert!

Nachhaltige Personalpolitik

Der kreisweite Fachkräftemangel ist auch bei uns deutlich zu spüren. Viele Stellen in der Stadtverwaltung konnten bisher nicht besetzt werden oder nur nach langer Suche. Wir wollen weiterhin die Stadtverwaltung bei ihren Bemühungen unterstützen, geeignetes Fachpersonal zu finden sowie bei der Transformation der Arbeitsplätze. Dabei ist außerdem wichtig, die Zahl der Auszubildenden und dual Studierenden in der Stadtverwaltung zu erhöhen, um eine nachhaltige Personalpolitik zu verfolgen. Wir müssen Anreize durch Home-Office-Arbeitsplätze, eine motivierende Führungskultur, ein gutes Betriebsklima, weitere Benefits wie Jobtickets, Fahrradleasing usw. schaffen, um junge Leute für die Arbeit in der Verwaltung zu interessieren und begeistern.

Schul- und Bildungspolitik

Ich fange mal positiv an. Wir bauen Schulen und Kitas für unsere Bürger*innen, das ist toll und trotz der unglaublich hohen Kosten verschieben wir das nicht weiter, sondern gehen die Bauprojekte an. Auch hier möchte ich mich bei der Abteilung von Herrn Ostermann bedanken.

Lieber Jörg, ich weiß, dass ihr personell begrenzt seid und trotzdem stemmt ihr diese Projekte. Bitte gebe daher diesen Dank auch an Deine Mitarbeiter*innen weiter.

Doch wir können uns nicht auf dem Erfolg ausruhen, denn nach den neuesten Zahlen werden wir auch hier nachsteuern müssen. Mal ganz zu schweigen von den zu wenigen OGS-Plätzen in einigen Stadtteilen, wo wir sicherlich bereits in naher Zukunft handeln müssen.

Wir eröffnen in wenigen Wochen das neue Bürgerforum, worauf ich mich sehr freue, da ich immer ein großer Befürworter dieses Projektes war. Dann haben wir endlich unsere VHS an einem Standort und können in den neuen Räumlichkeiten, die zentral gelegen sind, allen Bürgern von Velbert zusätzliche Bildungsangebote machen. Dazu kommt noch die Stadtbücherei Velbert, als Ort der Begegnung, Information und Bildung.

Kulturpolitik

Leider neigen wir Politiker gerne dazu, wenn gespart werden muss (was in Velbert eigentlich immer der Fall ist, zumindest seitdem ich hier in der Kommunalpolitik tätig bin) bei der Kultur den Rotstrich anzusetzen. Wir haben das in den letzten Jahren immer sehr moderat hinbekommen und wenn ich die Erfolge unserer Musik- und Kunstschule sehe, geben uns diese Recht. Trotz dieser Erfolge dürfen wir allerdings nicht all die kleinen Künstlergruppen und Kulturinitiativen vergessen, die eine sehr wertvolle Arbeit für unsere Gesellschaft leisten. Diese müssen von uns auch gefördert werden und sollen in unserem schönen neuen Bürgerforum ein Zuhause finden. Denn das ist es, was ich mir unter diesem Bürgerforum vorstelle: Ein offenes Haus, wo immer etwas passiert und die Velberter Bürger*innen gerne zum Erleben, Austausch und Verweilen hinkommen.

Sport

Wir haben die Sorgen und Nöte unserer Sporttreibenden gehört und verstanden, und werden ja in dieser Ratssitzung wieder einen eigenen Sportausschuss beschließen. Wir möchten mit diesem Schritt den vielen 1000 Sportlern in Velbert auch wieder eine Möglichkeit geben, ihren Ängsten und Nöten Gehör zu verschaffen. Dies war sicherlich auch in der Vergangenheit im Kultur- und Sportförderungsausschuss möglich, aber wir wollen hier auch noch mehr Qualität erreichen.

Also liebe Sporttreibende, spricht die Mitglieder des Sportausschusses an, wenn es irgendwo hakt oder Ihr das Gefühl habt, Ihr braucht Hilfe.

Wir werden weiterhin konsequent die Sportstätten erneuern und machen ja auch hier den nächsten Schritt mit der Erneuerung des Sportplatzes Birth sowie des neuen Kleinspielfeldes am Böttinger Platz. Wir müssen aber auch mit offenen Karten spielen. Die ganzen Sportstätten in Velbert kosten jährlich viel Geld und daher werden wir in Zukunft sicherlich keine zusätzlichen Sportstätten bauen können. Da die Trainingszeiten derzeit schon an ihre Grenzen kommen, sollte sich jeder, der ein neues Team bilden möchte, dies gut überlegen und erst einmal Rücksprache mit dem Sportamt nehmen, ob überhaupt noch Platz/Hallenzeiten zur Verfügung stehen.

Schlusswort

Nun möchte ich aber doch zum Ende kommen, da ja noch die eine oder andere Rede auf uns wartet. Ich möchte nur noch auf zwei Dinge eingehen:

Wir alle sitzen hier, um Velbert voranzubringen, um die richtigen Entscheidungen für unsere Stadt zu fällen. Manche machen richtig Spaß und man freut sich, dass man an dieser Entscheidung teilhaben durfte (siehe Bürgerforum). Andere allerdings tun weh, wenn beispielsweise irgendwo ein Baugebiet beschlossen wird, bei dem man genau weiß, dass dort Bäume gefällt werden müssen, und dabei der natürliche Lebensraum von Pflanzen und Tieren zerstört wird. Nur möchte ich an Sie appellieren, wir dürfen nicht das eine gegen das andere aufrechnen! Es ist unsere Aufgabe nach Wegen zu suchen, bei denen nicht Umwelt und Wirtschaft – wie so oft – einen unvereinbaren Gegensatz darstellen. Sondern wir müssen nach Lösungen suchen, um Ökonomie und Ökologie miteinander zu verbinden und zu versöhnen. Letztlich steht genau dafür unsere neue Kooperation.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir viele Dinge, die wir in Velbert angehen wollen, nur gemeinsam schaffen werden und es daher sicherlich wichtig und richtig ist, wenn alle demokratischen Parteien im Gespräch bleiben. Da sind wir als Kooperation auch sicher gesprächsbereit. Ich gehe immer davon aus, dass ALLE das Beste für Velbert wollen, wir aber

mit unterschiedlichen Prioritäten daran arbeiten. In diesem Zusammenhang muss ich jetzt aber eines für meine Fraktion klarstellen: Ich habe gerade gesagt, dass wir mit allen demokratischen Parteien im Gespräch bleiben werden. Für uns gibt es hier nur eine einzige Ausnahme, und das sind die Damen und Herren der AfD. Die Grüne Fraktion wird auf keinen Fall jemals einem Antrag zustimmen, der von einer Partei kommt, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird und die bisher in meinen Augen hier nur durch fremdenfeindliche Anfragen und Anträge auf sich aufmerksam gemacht hat. Es tut mir leid, aber solange ich an der Spitze dieser Fraktion stehe, werde ich es halten wie mein Vorgänger ebenfalls. Sie sind für mich nicht demokratisch und daher können wir auch keine Initiative von Ihnen unterstützen.

Zum Schluss sagen immer alle so schlaue Sachen entweder von Goethe oder Schiller ich glaube Nitsche war auch schon dabei. Ich möchte mit einem Zitat eines lieben aber leider viel zu früh verstorbenen Freundes enden, den ich oft schmerzlich vermisse, da wir sehr ähnlich getickt haben. Der liebe Hans-Peter Kaiser - viele von Euch werden sich noch an Ihn erinnern - und dieser sagte immer zu mir:

„Andreas, Die Grünen sind sicherlich keine besseren Menschen aber sie machen definitiv die bessere und richtigere Politik und das wollen wir jetzt in der neuen Kooperation auch beweisen.“

In diesem Sinne danke ich für Ihre/Eure Aufmerksamkeit, möchte mich ganz herzlich im Namen meiner Fraktion bei der Kämmerei für die gute Arbeit bedanken und unseren Kämmerer Herrn Peitz bitten, diesen Dank an alle Beteiligten zu übermitteln.

Rainer Hübinger, Vorsitzender der SPD-Fraktion

Die neue schwarz-grüne Mehrheit in Velbert hat nun die Verabschiedung des Haushaltes 2023 von März auf den Mai verlegt, weil anscheinend noch viel Einigungsbedarf bestand. Da wundert es nun schon, dass wir in dieser Zeit keine schwarz-grünen Haushaltsanträge bekommen haben. Zum Haushalt gibt es lediglich Anträge, die man im März schon beschließen hätte können. Bei diesem neuen „Bündnis für ein zukunftssicheres Velbert“ aus CDU und Grünen hätte ich mehr Anträge aus dem Bereich Klimaschutz erwartet, schließlich war das ja der Grund für die Grünen um die bewährte sachliche Arbeit der 6er Liste zu verlassen. Na ja, so sind die Grünen als Tiger gestartet, aber als Bettvorleger gelandet. Ich hoffe sehr, dass bei der Kommunalwahl 2025 die grünen Wähler dies ebenso in Velbert sehen, wie am vergangenen Sonntag in Bremen.

Wir Sozialdemokraten sehen die Notwendigkeit von Klimaschutz und Energiewende, aber sie darf dabei die Reichen nicht noch reicher und die Armen nicht noch ärmer machen. Karl Marx hat in seinem Artikel „Bevölkerung, Verbrechen und Pauperismus“ schon richtigerweise 1859 bemerkt: „Es muß doch etwas faul sein im Innersten eines Gesellschaftssystems, das seinen Reichtum vermehrt, ohne sein Elend zu verringern.“

Ich hoffe sehr, dass wir dem ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Peter Struck glauben dürfen, dass dieses Heizungsgesetz aus dem Wirtschaftsministerium von Robert Habeck den Bundestag anders verlässt, als es eingebracht wurde. Ich glaube schon, die Intention ist richtig, aber die Zeiträume würden zu unglaublichen sozialen Verwerfungen in Deutschland führen.

Hier unterstütze ich ausdrücklich die CDU mit ihrer Kampagne für eine „Wärmewende ohne soziale Kälte.“ Das kleine Häuschen, was sich viele Menschen in Deutschland hart erarbeitet haben – die Eigentumsquote ist in Deutschland eine der niedrigsten in Europa – darf nicht durch ein ideologisches und auch noch handwerklich schlecht gemachtes Gesetz gefährdet werden.

Da bin ich denn schon wieder bei schwarz-grün, nämlich den Schwarz-Grünen im Land. Die hatten übrigens bei der letzten Wahl versprochen, dass die Kindergartengebühren in NRW abgeschafft werden. Leider warten wir immer noch vergebens drauf. Das wäre auch für den Velberter Haushalt gut gewesen, die entsprechenden Mittel hätte man dann für die Abschaffung der OGS-Gebühren genommen. Um aber Familien mit Kindern in diesen schwierigen Zeiten zu entlasten, hat die SPD-Fraktion den Antrag für die heutige Sitzung gestellt, die OGS -Gebühren zumindest um 50 % für das nächste Kindergartenjahr zu verringern und sie bis zum Rechtsanspruch 2026 ganz abzuschaffen.

Nach der Abschaffung der Kita Gebühren durch die 6er Liste familienpolitisch konsequenterweise der nächste richtige Schritt.

Hier bleibt immer noch viel zu tun, teilweise ist die Stadt Velbert auch nicht zuständig, kostenfreies Kita- und Schulesen, echte Lernmittelfreiheit oder kostenfreies Ticket für Schülerinnen und Schüler. Weitere Kindergelderhöhungen sollten lieber in die Finanzierung dieser Maßnahmen gehen, damit die Hilfe tatsächlich bei jedem Kind ankommt.

Mal jetzt hier unter uns gesprochen, auch wenn es nur bedingt mit dem Haushalt zu tun hat, 2,4 Mio. Euro in der TBV für die Beleuchtung eines Radweges auszugeben (plus die jährlichen Betriebskosten), dies ist sicher eine wünschenswerte Sache, aber zur jetzigen Zeit kein „Must-have“. Dafür hat schwarz-grün das Geld! Aber: In Neviges zumindest mal zu prüfen, ob man am Standort der alten Burg einen schönen Aussichtsturm errichten kann, das schafft schwarz-grün nicht.

Apropos TBV, das alte Verwaltungsgebäude am Lindenkamp hat man jahrelang verkommen lassen, obwohl es immer wieder Hinweise aus der Politik gab. Nun ist das Gebäude als Unterkunft für Geflüchtete nicht mehr zu gebrauchen, man mietet lieber für teures Geld kurzfristig und überstürzt Privatgebäude an, weil man sein Eigentum hat verkommen lassen. Man könnte dabei auch einen bösen Verdacht haben, aber Verschwörungstheorien liegen mir ja ferner denn je.

Ich hoffe sehr, dass wir mit den beiden städtischen Gebäuden an der unteren Friedrichstraße besser wirtschaften und am Ende ein echtes Leuchtturmprojekt für die Unterstadt dort entsteht. Ein Leuchtturm, den wir dort dringend benötigen. Wie kann man sonst die Eigentümer überzeugen, ebenfalls ihre Häuser aufzuwerten.

Ich habe es schon bei der Einbringung des Haushaltes 2023 durch den Bürgermeister und den Kämmerer am 13.12.2022 verlauten lassen, eigentlich kann man dem Haushalt als SPD zustimmen. Das was uns am Haushalt nicht gefällt, das haben wir heute als Antrag eingebracht. Ansonsten werden die Dinge, die die 6er Liste begonnen hat, weitergeführt, Neues wird nicht begonnen. Wir werden am Ende des Haushaltsjahres 576 Mio. Euro städtische Schulden haben, das sind 7000 Euro pro Einwohner. Diese Schulden können in der jetzigen Finanzverfassung nicht mehr beglichen werden. Der Zinshammer, gepaart mit der Auflösung der Corona Schulden, wird uns hier in Velbert bald mit voller Wucht treffen.

Auch die städtische Infrastruktur aus den 60iger und den 70iger Jahren muss völlig erneuert werden. Wir bauen gerade eine Grundschule in Velbert Mitte (30 Mio.), eine Gesamtschule in Velbert Neviges (85 Mio.), zig Kindergärten und OGS-Erweiterungen, das muss in nächster Zeit irgendwie finanziert werden. In der jetzigen Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen wird das nicht zu stemmen sein.

Die Finanzausstattung der Kommunen insgesamt – nicht nur Velbert – ist schon seit Jahrzehnten völlig unzureichend, da beziehe ich mangelnden Veränderungswillen in der SPD durchaus ein.

In Rheinland-Pfalz ist in diesem Jahr endlich der Schuldenschnitt begonnen worden, das Land hat die Hälfte der Kommunalschulden übernommen, der Bund ist jetzt hier am Zuge. Schwarz-grün in Düsseldorf muss hier endlich auch zum Jagen getragen werden.

Was ich aber im Dezember bei der Einbringung des Haushaltsentwurfes 2023 durch die Verwaltung völlig übersehen hatte, jedem Haushalt hängt ja noch ein Stellenplan anbei. Gut ist erstmal, im sozialen Bereich werden Stellen geschaffen, beim Wohngeld und bei der Schulsozialarbeit. Wichtig sind für uns besonders die 2,5 Stellen im Kinderschutz. Dies ist und bleibt eine Aufgabe der Stadt. Man will doch nicht ernsthaft, dass sich private oder konfessionelle Vereine um den Kinderschutz kümmern. Ich glaube, ein Blick in die Zeitung genügt da völlig. Ich fordere hier die Fraktionen von CDU und Grüne auf die 2,5 Stellen des Kinderschutzes nicht mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Konsequenterweise lehnen wir die Stellen in der Wirtschaftsförderung ab. Wir halten dieses Konzept für zu teuer und lehnen natürlich damit auch die sukzessive Umsetzung des Konzeptes ab.

Wir bekennen uns vehement zu unserer ehrenamtlichen Feuerwehr in Velbert. Wir möchten alles tun, damit unsere freiwillige Feuerwehr auch ein wichtiger Faktor des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Velbert bleibt. Die Schaffung von acht zusätzlichen hauptamtlichen Stellen als Nebenleitstelle in der Velberter Wache halten wir, angesichts der auch finanziellen Beteiligung Velberts an der Kreisleitstelle, für völlig überflüssig, ja sogar für schädlich. Wir sehen hier den Einstieg in eine Berufsfeuerwehr, die die freiwilligen Kräfte nur noch zum Absperren oder für die Ölspur einsetzt. Damit verschwindet die Motivation und die freiwillige

Wehr wird schrumpfen. Das ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht förderlich und dies lehnen wir entschieden ab.

Beim Thema Kreisservicecenter sehen wir auch keine Bewegung, hier fordert die SPD die Wiedereröffnung in Velbert. Unsere Bürger brauchen kurze Wege und schnelle Entscheidungen, zumal das Kreisservicecenter in Velbert ein wesentliches Argument für die Zustimmung der SPD zur Verlagerung des Ausländeramtes zum Kreis war. Ich würde heute einer Verlagerung zum Kreis niemals mehr zustimmen, dies gilt übrigens auch für die Rechnungsprüfung.

Sehr geehrter Herr Böll, sehr geehrter Herr Peitz, wir danken Ihnen für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Bitte geben Sie den Dank der SPD-Fraktion auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung weiter.

Die SPD lehnt den Haushaltsentwurf und den Stellenplan 2023 ab.

Dirk aus dem Siepen, Vorsitzender der UVB-Fraktion

August Friedrich Tonscheid, Vorsitzender der Fraktion Velbert anders

Beide Reden liegen bisher nicht vor.

Uwe Matysik, Vorsitzender der AfD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Kämmerer,
sehr geehrte Damen und Herren im Rat,
verehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung
werte Medienvertreter und vor allen Dingen,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

gut sieht er aus, der **Haushaltsplanentwurf 2023!**

Auf den ersten Blick nur Positives, alle wichtigen Aufgaben sind mit Haushaltsmitteln gesichert. Am Ende steht dann noch ein, wenn auch überschaubarer, Überschuss. Und vor allen Dingen:

Kein Haushaltssicherungskonzept erforderlich. Eine Zustimmung zum Haushaltsplanentwurf und zum Stellenplan scheint eine reine Formsache zu sein.

Es sei denn, man schaut genauer hin.
Das haben wir gemacht.

Blicken wir zuerst auf den **Stellenplan**:
Hier ist eine **Erhöhung der Planstellen um fast 10 %** ausgewiesen.

Dies ist zum großen Teil der Bundespolitik geschuldet, die den Kommunen ständig neue Aufgaben überträgt. Eine zunehmende Bürokratie, unter der die Bürger und die Verwaltung gleichermaßen zu leiden haben.

Als Beispiel sei hier die Erhöhung der **Planstellen im Wohngeldbereich** aufgrund der Einführung von Wohngeld Plus von 4 auf 13 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu benennen. Der Bund beschließt, die Kommunen müssen für die Umsetzung/Bearbeitung zahlen.

Mit der Erhöhung der **Planstellen im Kommunalen Ordnungsdienst (KOD)** haben wir ein großes Problem in Sachen Nachvollziehbarkeit. Die Anzahl der Planstellen der Angestellten in diesem Bereich ist seit 2019 von 28,5 Stellen auf nun anvisierte 40,5 Stellen im Haushaltsplanentwurf 2023 gestiegen. Eine Erhöhung von über 40%.

Schauen wir uns zuerst die Anzahl der Ordnungswidrigkeitsverfahren im Zeitraum 2019 bis zum Haushaltsplanentwurf 2023 an, die dort bearbeitet wurden.

2019: 916 Verfahren
2020: 2631 Verfahren
2021: 2977 Verfahren
2022 und 2023 wurde mit jeweils 900 Verfahren geplant.

Der Arbeitsaufwand für die Ordnungswidrigkeitsverfahren war somit in den Jahren 2020 und 2021 rund dreimal so hoch wie in den anderen Jahren.

Dazu kamen noch die zu bewältigenden Ordnungsverfügungen in Bezug auf den Gesundheitsschutz. Im Jahr 2019 lag die Anzahl der Fälle bei 1, im Jahr 2020 bei 6.000, im Jahr 2021 bei 3.022, in den Folgejahren 2022 und 2023 ist mit 200 Fällen geplant worden.
Hinweis: Die hier genannten Werte sind dem Haushaltsplan 2022 entnommen.

Die sehr personalintensiven Kontrollen infolge der Coronapandemie wurden in den Jahren 2020 und 2021 mit 31,5 beziehungsweise 35,5 Stellen geleistet. Um Ihnen den Arbeitsaufwand des Kommunalen Ordnungsdienstes der Stadt Velbert zu verdeutlichen, vergleichen

wir die Höhe der in Velbert generierten Corona-Bußgelder im Zeitraum April 2020 bis April 2021 mit denen in Dortmund und in Köln:

Dortmund, rund sieben Mal so viele Einwohner: 462.000 €

Köln, rund 13-mal so viele Bürger: 324.000 €

Und nun das vergleichsweise kleine Velbert: rund 450.000 €

Die unglaubliche Leistung des KOD in Velbert bewerten Sie nun bitte selbst.

Die zwei Begründungen für die zusätzlich benötigten Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterinnen lauten:

1) Erhöhter Arbeitsaufwand durch Kontrollen mit dem Zoll.

Unsere Nachfrage im Haupt- und Finanzausschuss ergab, dass im Jahr 2022 lediglich eine einzige solche Kontrolle stattgefunden hat.

2) Die Arbeitszeit der zwei jeweils aus zwei Personen bestehenden Kontrollgruppen des ruhenden Verkehrs soll morgens um eine Stunde von 8:00 Uhr auf 7:00 Uhr vorgezogen und abends von 19:00 Uhr auf 20:00 Uhr ausgedehnt werden.

Meine Meinung: Dies sollte mit dem vorhandenen Personal aus den dargestellten Gründen in keiner Weise ein Problem darstellen.

Bleibt festzuhalten: Dem Stellenplan können wir so nicht zustimmen, wir müssen ihn ablehnen.

Zurück zum gesamten Haushaltsplanentwurf.

Im Vorbericht zum Haushaltsplan ist zu lesen, ich zitiere:

„Eine dem Wirklichkeitsprinzip entsprechende Haushaltsplanaufstellung 2023 gestaltet sich vor dem Hintergrund der nach wie vor existierenden Folgen der Corona-Pandemie sowie des Kriegsgeschehens in der Ukraine seit Februar 2022 sowie dessen wirtschaftlicher Auswirkungen schwierig.“

Wie sollen wir das verstehen, die Wirklichkeit ist im Prinzip schwierig?

Nein, die Wirklichkeit sind ca. 24,5 Millionen Euro zusätzliche Schulden, die im Haushaltsplanentwurf keine Berücksichtigung finden. Dies wird durch das NKF-Covid-19-Isolierungsgesetz ermöglicht. Wir kennen das auch aus dem Bundeshaushalt: „Sondervermögen“ lautet der Begriff.

Die immensen Kosten der diversen Krisen - Covid 19 Krise, Flüchtlingskrise, Energiekrise usw. - werden „isoliert“. Und die 24,5 Millionen Euro sind nicht das Ende der Fahnenstange.

Wie aktuell die Medien berichten, ist die Flüchtlingszahl im Vergleich zum Vorjahr im Mittelmeerraum um 300% gestiegen und ein Ende des Ukrainekrieges ist nicht in Sicht.

Es werden Velbert auch in diesem Jahr mehrere hundert Flüchtlinge erreichen und zugewiesen. Die Kosten für die Versorgung und Unterbringung, wie ein zu errichtendes Containerdorf, sind nicht im Haushaltsplanentwurf erfasst, werden aber anfallen.

Es werden weitere Mitarbeitende*innen im Bereich Asyl notwendig (Entschuldigung, die Genderei in der Stadtverwaltung macht mich schon ganz kirre, es heißt natürlich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter). Die Kosten für diese können dann natürlich „isoliert“, d.h. durch Schuldenaufnahme finanziert werden.

Und Herr Peitz, das ist die Wirklichkeit:

Die Schulden der Stadt Velbert sind laut GPA-Bericht die zweithöchsten im interkommunalen Vergleich, im Jahr 2019 schon 10.244 € Je Einwohner (*Seite 50 GPA-Bericht*). Aktuell werden es schon über 12.000 € Schulden je Einwohner sein.

Bei den Gesamtverbindlichkeiten des Stadt-Velbert-Konzerns je Einwohner belegen wir im interkommunalen Vergleich 2019 den letzten Platz (*Seite 51 GPA-Bericht*). Und die aktuellen Verbindlichkeiten sehen sogar noch viel schlechter aus. Waren es Ende 2021 schon immense 405 Millionen Euro, ist ein voraussichtlicher Stand im Haushaltsplanentwurf 2023 von sage und schreibe über 506 Millionen Euro ausgewiesen.

Unfassbare 100 Millionen zusätzliche Schulden in nur zwei Jahren.
(*Haushaltsplanentwurf S. 317*)

Dem gesetzlich vorgeschriebenen Haushaltsgrundsatz der **Generationengerechtigkeit**, also der Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Enkelkindern wird hier maximal widersprochen.

Im interkommunalen Vergleich von 31 Kommunen ist die Eigenkapitalquote der Stadt Velbert ebenfalls als desolat zu bewerten (*Seite 47 GPA-Bericht*). Diese wurde zwar in den letzten Jahren geringfügig erhöht, aber was sind 30 Millionen Euro Eigenkapital bei bald 1.000 Millionen Euro Schulden?

Ein Tropfen auf dem heißen Stein, mehr nicht.
Hier muss sofort gehandelt werden!
Ein Krisenstab sollte zeitnah gebildet und geplante Investitionen hinterfragt werden.

Hierzu zwei Beispiele:

1) Muss die Wärmeversorgung bei der geplanten Sanierung von Schloss Hardenberg (inklusive Mühlengebäude) durch Geothermie in Verbindung mit einer Pelletheizung erfolgen, wie am 25. April 2023 im Haupt- und Finanzausschuss beschlossen? (*Beschluss-Vorlage 195/2023*)

Die ursprünglich geplante Gasbrennwerttherme wurde mit ca. 200.000 € kalkuliert. Die nun beschlossene Wärmeversorgung durch Geothermie und Pelletheizung wird das Zehnfache, rund 2.000.000 € kosten.

Welche Wärmeversorgung ist morgen die richtige?

Keiner weiß es. Gestern waren Wärmepumpen noch die Lösung, heute plant die EU ein Verbot der gängigsten Kältemittel in Wärmepumpen wegen ihrer stark krebserregenden Wirkung.

Außerdem werden diese Wärmepumpen mit dem zweidreieckigsten Strom in Europa betrieben, nämlich dem deutschen Strom.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

gestern wurden die Pelletheizungen gefeiert, heute sagt das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) - ich zitiere: „Nichts verbrennt dreckiger und klimaschädlicher als Holz.“
Dies bestätigt auch das Umweltbundesamt.

Damit sollte für Velbert mit Blick auf die angestrebte Klimaneutralität eine Pelletheizung nicht in Frage kommen.

2) Ist eine Beschaffung von teuren E-Bikes notwendig, wenn diese im Jahr 16 Kilometer fahren? Absolut nicht, weder wirtschaftlich noch klimatechnisch.

Rennen Sie bitte nicht blind jeder Klimaideologie hinterher und gehen Sie sorgfältig und sparsam mit den hart erarbeiteten Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger um.

Verbessern Sie im Sinne unserer kleinen Bürger als erstes das Klima in den Schultoiletten, damit sich diese nicht aus Ekel in die Hose urinieren oder nichts trinken.
Retten Sie klimatechnisch erstmal Velbert und dann die ganze Welt.

Zurück zum Haushaltsplan 2023:

Allein die aktuellen Tarifabschlüsse werden den Haushaltsplanentwurf und das ausgewiesene positive Ergebnis zu einem negativen Ergebnis führen.

Die Inflation und die damit verbundene Wirtschaftskrise werden hier real nicht ausreichend berücksichtigt.

Velbert hat als Schlüsselstadt sehr viele energieträchtige Gewerbe. Hier wird es Gewerbesteuerausfälle geben, da diese Unternehmen die hohen Energiepreise nicht mehr stemmen können oder sogar ins Ausland abwandern, wie es bundesweit der Trend ist.

Werden die Velberter Unternehmen angesichts von Rohstoffknappheit und Personalnot wirklich so viel Ertrag erzielen, dass die Einnahmeerwartungen des Kämmers erfüllt werden?

Wie entwickeln sich die Zinsen? Bei unserem immensen Schuldenstand ein erhebliches Risiko.

Man muss kein rabenschwarzer Pessimist sein, um in all diesen Fragen große Skepsis walten zu lassen.

Angesichts so vieler Unwägbarkeiten können wir dem Haushaltsentwurf auf keinen Fall zustimmen, müssen wir ihn konsequenterweise ablehnen.

Wenn Sie Fragen zu unserer Haushaltsrede haben, sprechen Sie uns an, wir beißen nicht.

Abschließend noch eine Anmerkung.

Die Kompetenz und Sorgfalt, mit der unser Kämmers, Herr Peitz und sein Team die Arbeit erledigt haben, wird von uns in keiner Weise angezweifelt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Thorsten Hilgers, Vorsitzender der FDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren des Rates,
liebe Gäste,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Vertreter der Presse,

auch in diesem Jahr möchte ich mit dem Dank beginnen, den ich im Namen der FDP Fraktion an Herrn Peitz und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung richten möchte, die in den letzten Monaten an der Erstellung des Haushaltes mitgewirkt haben. Dass dies keine leichte Aufgabe war, zeigt sich schon an den zeitlichen Abläufen und der Neujustierung nach den gesetzlichen Änderungen am NKF-COVID-19-Ukraine-Isolierungsgesetz – NKF-CUIG. Aber hierzu später an anderer Stelle.

Gerne schließe ich mich auch persönlich diesem Dank an.

In der heutigen Zeit einen kommunalen Haushalt zu planen, ihn in sich stimmig zu gestalten und in den Rat als Vorlage einzubringen, birgt ein großes Maß an Unsicherheit. Bedeutet doch jeder neue Haushalt auch neue zusätzliche finanzielle Belastungen

- durch immer neue Aufgaben und gestiegene Anforderungen von Bund und Land,
- durch vielfältige neue gesellschaftliche Forderungen an das Gemeinwesen und somit an die Kommunalverwaltung, sowie Kommunalpolitik
- durch die dringend notwendigen Bemühungen in der Transformation zur digitalen Gesellschaft
- durch die zwingenden Maßnahme zu einer Stadt ohne fossile Nutzungen zu werden
- durch die wichtigen und stark steigenden kommunalen Leistungen für Bildung sowie
- durch die allgemeinen weltpolitischen Problematiken, mit ihren direkten Auswirkungen auf unsere wirtschaftlichen Grundlagen und unsere ganz persönlichen Möglichkeiten, das Leben von uns und unseren Familien in der bekannten Art und Weise finanzieren zu können.

Dies Alles versucht der uns vorliegende Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 zu vereinbaren.

Aber reicht es aus, einen formell ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, zu beraten und dann zu beschließen ? Reicht es aus, dass ein Haushalt von der Kommunalaufsicht genehmigt wird ?

Nach unserem Verständnis von Generationengerechtigkeit reicht dies nicht mehr, um verantwortungsvolle Politik auch für die nachfolgenden Generationen zu gestalten.

Die zukünftigen Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die nachfolgenden Generationen müssen hier noch sehr viel stärker in den Focus unserer politischen Arbeit genommen werden.

Dem Punkt der Generationengerechtigkeit müssen wir bei den Haushaltsfragen und den Fragen rund um Transformation im Zusammenhang mit dem Ende der Nutzung fossiler Energiequellen sehr viel mehr Beachtung schenken und insbesondere sehr viel mehr praktische Wirkung und Wirksamkeit zukommen lassen.

Hier bietet der uns heute zur Verabschiedung liegende Haushalt nur wenige und meistens falsche Antworten.

Ein zentraler Punkt, der uns besondere Sorgen bereitet, ist auf der einen Seite die fehlende langfristige finanzielle Planung unter Beachtung der realen Situation. Ein solider Haushalt erfordert eine klare Vision für die kommenden Jahre und eine realistische Einschätzung der tatsächlich zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen.

Dies können wir im Sinne der Verhinderung übermäßiger Belastungen der nachfolgenden Generationen nicht erkennen. Verfügte die Stadt Velbert im Jahre 2005 bei der Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement noch über ein Eigenkapital von 190 Mio. Euro, so waren davon 2017 nur noch 17 Mio. Euro vorhanden. Positiv bleibt hervorzuheben, dass es durch die Teilnahme am Stärkungspakt, einer sehr guten Konjunktur mit immer höheren Steuereinnahmen auf allen Ebenen unseres Staates und die Durchführung der Haushaltskonsolidierung in den Jahre 2017-2019 gelang, das Eigenkapital um ca. 7 Mio. Euro auf 22 Mio. Euro zu erhöhen.

Situation Allgemeine Rücklage (=Eigenkapital)

- 2014: rd. 26 Mio. €
- 2015 : rd. 22 Mio. €
- 2016: rd. 17 Mio. €
- 2017: rd. 15 Mio. €
- 2018: rd. 17 Mio. €
- 2019: rd. 22 Mio. €
- 2020: rd. 22 Mio. €
- 2021: rd. 30 Mio. € (davon rd. 8 Mio. € Ausgleichsrücklage erstmals seit 2008)

Quelle: Niederschrift Ratssitzung vom 27.09.2022

2015 = - 3,7 Mio. € Fehlbetrag (Ergebnis)
2016 = - 0,6 Mio. € Fehlbetrag (Ergebnis)
2017 = +1,8 Mio. € Überschuss (Ergebnis)
2018 = +0,4 Mio. € Überschuss (Ergebnis)
2019 = +4,5 Mio. € Überschuss (Ergebnis)
2020 = +2,3 Mio. € Überschuss (Ergebnis) inkl. **Corona-Schaden: 9,89 Mio. €**
2021 = +8,1 Mio. € Überschuss (Ergebnis) inkl. **Corona-Schaden: 13,10 Mio. €**
2022 = +0,1 Mio. € Überschuss (Plan-Entw.) inkl. **Corona-Schaden: 18,56 Mio. €**
2023 = +0,5 Mio. € Überschuss (Plan-Entw.) inkl. **Corona-Schaden: 16,33 Mio. €**
2024 = +0,8 Mio. € Überschuss (Plan-Entw.) inkl. **Corona-Schaden: 9,86 Mio. €**
2025 = +2,5 Mio. € Überschuss (Plan-Entw.)

Quelle: Haushaltsplanentwurf 2023 Seite 20

Dann kam etwas, was wir alle nicht erwartet und zum großen Teil auch nicht beeinflussen konnten. Die Corona-Pandemie mit all ihren Verwerfungen und ihren bis dahin unvorstellbaren Entwicklungen für die Gesellschaft, die Wirtschaft und auch für den städtischen Haushalt. Schnell wurde deutlich, dass die stark einbrechenden Einnahmen und die zusätzlichen Aufwendungen ausgeglichen werden mussten.

Hier kam nun das Land auf eine besondere Idee. Warum sollten wir uns anschauen, wie unsere Gemeinden ihre Leistungen nicht mehr finanzieren können und die Haushalte vollends nicht mehr zu steuern sind? Schnell wurde aber auch klar, dass sich das Land nicht in der Lage sah, mit direkter finanzieller Unterstützung zu helfen.

Um kurzfristig eine Ausgleichsmöglichkeit zu eröffnen, hat die Landespolitik eine Gesetzgebung in Gang gesetzt und mit dem COVID-19-Isolierungsgesetz, sowie einer Reihe anderer Vorschriften die Grundlage geschaffen, die die Kommunen vor dem Schlimmsten bewahren sollen.

Durch das Isolierungsgesetz besteht die Möglichkeit, Mindererträge und Mehraufwendungen, die durch COVID verursacht werden, in einer Sonderrechnung darzustellen. Die Pandemie bedingten Differenzen werden in Form einer „Bilanzierungshilfe“ als außerordentlicher Ertrag in die Ergebnisrechnung eingebucht und tragen damit zum formellen Ausgleich des Ergebnishaushaltes bei.

War dieses Gesetz zur kurzfristigen Abfederung in einer Pandemie angedacht, wurde es in diesem Haushaltsjahr noch durch das Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie und dem Krieg gegen die Ukraine folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein Westfalen (NKF-COVID-19-Ukraine-Isolierungsgesetz – NKF-CUIG) erweitert.

Durch dieses Gesetz wird die Stadt Velbert bei Beschluss des Haushaltsentwurfes bis Ende diesen Jahres einen „Schattenhaushalt“ in Höhe von fast 67,8 Mio. Euro und bis Ende 2026 111,3 Mio. Euro anhäufen, der das vorhandene Eigenkapital bei weitem übersteigt. Diese aufgelaufenen „Bilanzierungshilfen“ belasten die Haushalte ab dem Jahr ab 2026 verteilt auf 50 Jahre mit ca. 2,2 Mio. Euro jährlich, ohne dass wir heute den Hauch eines Planes haben, wie wir diese zusätzliche Belastung im Ergebnishaushalt überhaupt ausgleichen können.

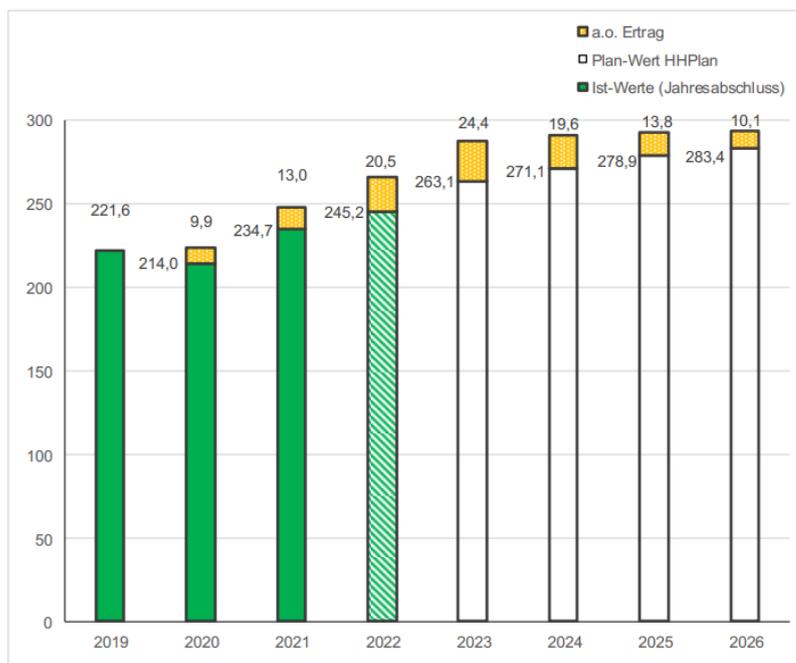


Abbildung 2 - Entwicklung der Erträge (in Mio. EUR)

Quelle: Haushaltsplanentwurf 2023, Seite 25

Ist ein Haushaltsrisiko schon relativ groß, wird es umso problematischer, wenn weitere Risiken hinzukommen und es somit zu einer unkalkulierbaren Zukunftsbelastung werden kann.

Gleichzeitig mit dem Rückgang des Eigenkapitals bewegen sich die Verbindlichkeiten in anderer Richtung in immer höhere Regionen.

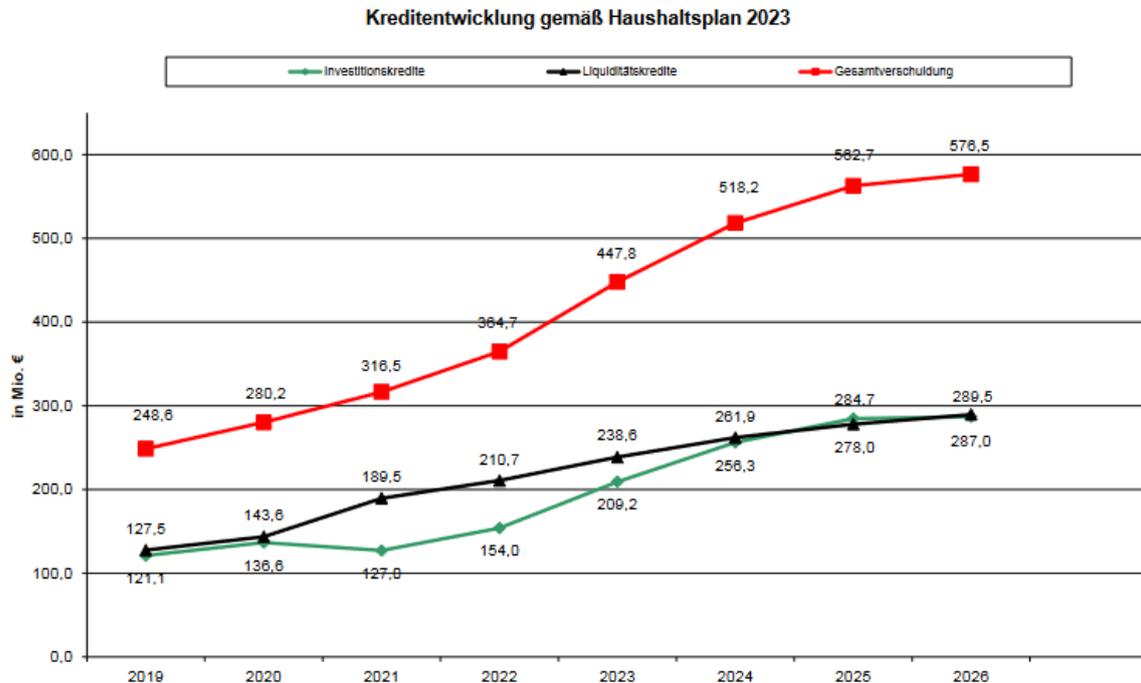


Abbildung 41 - Kreditentwicklung gem. Haushaltsplan 2023 (in Mio. EUR)

Quelle: Haushaltsplanentwurf 2023, Seite 86

Betrugen die Verbindlichkeiten im Jahre 2019 bereits 248,50 Mio Euro, so werden sie Ende dieses Jahres bereits bei 447,60 Mio Euro und Ende 2026 bei 576,50 Mio Euro liegen. Und dies nur für den Städtischen Haushalt. Eigentlich müsste man hier noch die Verbindlichkeiten der anderen „Konzerngesellschaft“ mit hinzurechnen. Eine unvorstellbar große Zahl, bei der leider gilt:

Die Schulden von heute sind die Steuern und Gebühren von Morgen

Man könnte im Hinblick auf unsere nachfolgenden Generationen auch drastischer formulieren:

Die heute von uns verursachten Schulden, sind die Belastungen und die Einschränkungen, die wir unseren Kindern und deren Kindern aufbürden und ihnen damit die Lösung unserer verfehlten Entscheidungen zumuten.

Bisheriges Fazit: Negatives Eigenkapital und stark steigende Verbindlichkeiten.

Mit dem Anstieg der Zinsen im letzten Jahr – sowie der prognostizierten Zinsentwicklung in den nächsten Jahren - werden auch die Zinsbelastungen für die immer weiter steigenden Schulden steigen und die finanziellen Spielräume unserer Kommune weiter einschränken.

Weitere Risiken bzw. tatsächliche Belastungen für den Haushalt stecken in der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung und der wirtschaftlichen Entwicklung der Unternehmen in Velbert. Nach der jüngsten Steuerschätzung müssen alle Ebenen unseres Staates in den nächsten Jahren mit starken Rückschlägen bei den Steuereinnahmen rechnen und sollten diese eigentlich in ihren Planungen berücksichtigen. Sicherlich werden auch schon in diesem Jahr

die ersten Minderungen bei den Steuereinnahmen erkennbar werden, die allerdings im Haushalt nur bedingt „eingepreist“ sind.

Ein weiteres Risikopotential sehen wir bei den notwendigen Investitionen, z.B. in Schulneubauten, energetischen Ertüchtigungen unseres Gebäudebestandes, sowie bei den sonstigen Sanierungen im Immobilienbereich. Hier sehen wir seit einiger Zeit enorme Baukostensteigerungen und werden mit diesen gestiegenen Kosten auch in den nächsten Jahren leben müssen. Dieser vermehrte Ressourceneinsatz im investiven Bereich wird sich durch höhere Abschreibungen und erhöhten Zinsaufwand im Haushalt bemerkbar machen und unsere Handlungsfähigkeit weiter einschränken.

Bedauerlicher Weise kommen unsere Kolleginnen und Kollegen in der Landes- und Bundespolitik immer wieder auf neue Ideen, die sie zwar beschließen, uns vor Ort aber die Ausführung übertragen und in den seltensten Fällen für eine adäquate Erstattung der Kosten sorgen. So schauen wir sicherlich alle mit Bangen auf den gesetzlich notwendig werdenden Ausbau der Offenen Ganztagschule. So sinnvoll und wichtig dieses Projekt inhaltlich ist, so problematisch aber auch die Umsetzung vor Ort. Zum Einen fehlen den Kommunen vielfach die finanziellen Mittel für die Umsetzung und wären auf eine 100% prozentige Erstattung der Kosten angewiesen, was allerdings nicht zu erwarten ist. Zum Anderen werden wir Schwierigkeiten bekommen, das notwendige fachlich ausgebildete Personal für diese Aufgabe zu finden, ohne es an anderen Stellen zu reduzieren.

Es war für mich erstaunlich, bei meinen Vorredner zu hören, dass Sie zu ähnlichen Einschätzungen der oben geschilderten finanziellen Situation des städtischen Haushaltes kommen und ähnliche Zukunftsszenarien beschreiben, wie ich es hier getan habe. Leider konnte ich nicht erkennen, dass diese beispielhaft genannten zusätzlichen Belastungen und Risiken zu einem Umdenken oder zu Anpassungsmaßnahmen bei den Ausgaben in diesem Haushalt geführt haben.

Eher im Gegenteil: Kam der Haushalt 2022 noch mit einem Gesamtbetrag der Aufwendungen von ca. 267 Mio. Euro aus, so sieht der Haushalt 2023 einen Gesamtbetrag der Aufwendungen von ca. 299 Mio. € vor.

Es ist schon bemerkenswert, wie es politischen Mehrheiten immer wieder gelingt, die richtige Analyse zu betreiben, gleichzeitig aber jede Konsequenz aus einer solche Analyse verdrängen zu können.

Warum steuern Verwaltung und Politik nicht gegen und sorgen für zukunftsfähige und generationengerechte Haushalte? Eine Frage, die ich mir immer wieder stelle und die uns wiederholt und vermehrt von Bürgerinnen und Bürger gestellt wird!!!

Wir haben als Rat - zugegebener Maßen - nur eingeschränkte Möglichkeiten hier das Ruder herumzureißen. Unterliegen doch der überwiegende Teil aller Sach- und Personalausgaben faktisch nicht unserem Einfluß, da wir aufgrund gesetzlicher Regelungen zu einer Vielzahl von Leistungen auf bestimmte Ausgaben und auf bestimmten personellen Ausstattungen festgelegt werden.

Trotzdem haben auch wir Möglichkeiten Ausgaben zu steuern und Personalressourcen zu beeinflussen.

Eine Kombination aus intensiven Konsolidierungsbemühungen, eine auf die finanziellen und kapazitären Möglichkeiten der Stadt angepasste und unter Beachtung der Folgekosten angelegte Investitionsstrategie, sowie eine Hebung potentieller Einsparungen aus den zahlreichen Hinweisen dürfte die Stadt in die Lage versetzen, dem Haushaltsausgleich näher oder nahe zu kommen und eine Anhebung von Realsteuern in der näheren Zukunft ausschließen zu können.

Im folgendem möchte ich Ihnen einige der von uns präferierten Konsolidierungsmaßnahmen näher bringen:

Einsparung Grundschulen in Neviges 8 Millionen Euro

Durch die weiter zunehmenden Schülerzahlen wurde es auch im Stadtbezirk Neviges notwendig, die Grundschulsituation dahingehend neu zu ordnen, dass die Einrichtung von 8 Eingangsklassen möglich wird. Hierfür hatte die Verwaltung verschiedene Varianten ausgearbeitet und mit groben Kostenschätzungen hinterlegt. Schnell wurde deutlich, dass sich die politische Mehrheit auf eine Variante fokussierte. Auf Wunsch der FDP Fraktion wurde noch eine zwei Varianten weiter geprüft und verfolgt. Nun wurde sich leider für die Variante entschieden, die mit ca 23. Mio Kostenschätzung 8 Millionen Euro teurer sein wird, als die zweite Variante. Sicherlich gibt es zwischen diesen beiden Varianten Unterschiede, die je nach politischer Denkart auch unterschiedlich bewertet werden. Aber sind die graduale Unterschiede zwischen zwei Varianten es wert, einen Mehraufwand von 8 Millionen Euro zu rechtfertigen?

Hier sind wir ganz klar der Meinung, dass diese 8 Millionen Euro an anderer Stellen wirksamen und sinnvoller eingesetzt werden könnten. Leider haben wir für diese Sichtweise bisher keine Mehrheit im Rat erkennen können, so dass hier das genannte Einsparpotential verloren gehen wird.

Leider bezieht sich auch unser zweites Beispiel auf den Stadtbezirk Neviges. Seit Jahren steht das Herrenhaus von Schloß Hardberg, sowie das Mühlengebäude leer und sucht nach einer Nutzung. Ich kann die Nevigeser Bürger*innen verstehen, die endlich wieder in „ihr Herrenhaus“ gehen möchten und das Mühlengebäude aus dem Dornröschenschlaf erwecken wollen. Dauert die Übergangsphase nun schon viele Jahre. Lange wurde nach einer Nutzung für das Herrenhaus und das Außengelände gesucht und hier meine ich das tatsächlich wörtlich: Es wurde eine Nutzung gesucht, da sich keine Nutzung so richtig aufgedrängt hat, die finanzierbar und deren Finanzierung unabdingbar gewesen wäre. Nachdem diese Nutzung für das Herrenhaus, das Außengelände und auch das Mühlengebäude theoretisch gefunden wurde, werden Millionenbeträge und beträchtliche personelle Ressourcen in dieses Projekt investiert.

Bewusst habe ich davon gesprochen, dass eine Nutzung theoretisch gefunden wurde. Wir können uns eine funktionieren und sich wirtschaftlich tragende Gastronomie im Mühlengebäude genauso wenig vorstellen, wie eine Rechtfertigung für die Millionenausgaben für das angedachte Nutzungskonzept des Ensemble Schloß Hardenberg. Auch wenn der derzeitige Zustand sicherlich nicht Jubelschreie hervorruft, wäre es unserer Meinung nach sinnvoller, hier mit weniger Mitteln lediglich die bauliche Unterhaltung und Fortführung der derzeitigen Außenanlagen sicherzustellen.

Aufgrund der begrenzten Redezeit muss ich mich leider auf diese Beispiele beschränken, möchte aber noch einmal darauf hinweisen, dass dies alles ein Verzicht freiwilliger Ausgaben darstellen würde, durch die keiner in seinem Leben benachteiligt oder beeinträchtigt wird.

Zum Schluß meiner Rede möchte ich noch auf die Reduzierung der Kreisumlage und die Erstattung durch den Kreis Mettmann eingehen. Diesen vielleicht nicht unerwartet kommenden, aber nicht normalen und sicherlich auch nicht wiederholbaren Geldsegen, sollten wir nicht so einfach als zusätzliche Einnahme sehen und damit weitere Ausgaben rechtfertigen. Diese Erstattung sollten wir zu einem Teil zur Schaffung von Zukunftsfähigkeit und zur nachhaltigen Entwicklung unserer Stadt im Zeitalter der Dekarbonisierung und des Klimaschutzes nutzen. Zum anderen Teil sollten diese Mittel ganz eindeutig zur Tilgung von Schulden und zur Reduktion der Bilanzierungshilfen aus dem NKF-COVID-19-UKRAINE-ISOLIERUNGSGESETZ genutzt werden. Aber auch diese Nutzung einer einmaligen Chance können wir im vorliegenden Haushaltsentwurf nicht erkennen.

Abschließend möchten wir versichern, dass unsere Ablehnung des Haushalts nicht als bloße Oppositionsarbeit zu verstehen ist. Vielmehr sehen wir es als unsere Verantwortung, die finanziellen Angelegenheiten unserer Stadt sorgfältig zu prüfen und sicherzustellen, dass die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger - über die verschiedenen Generationen gedacht - gewahrt bleiben.

Wir sind bereit – und haben dies auch bereits mehrfach in den letzten Monaten und Jahren gezeigt - , konstruktive Lösungen zu erarbeiten und gemeinsam mit anderen Fraktionen an Lösungen zu arbeiten, die den Prinzipien der wirtschaftlichen Vernunft, der Effizienz und der langfristigen Stabilität entsprechen.

Lassen Sie uns gemeinsam das Beste für unsere Gemeinde erreichen und eine solide finanzielle Grundlage für die Zukunft schaffen.

Der Haushaltsentwurf ist weiterhin auf eine rückwärts gerichtete Politik ausgerichtet und zeigt leider nur wenig Ansätze für die Zukunft.

Aus diesem Grunde wird die FDP-FRAKTION diesem Haushaltsplanentwurf ihre Zustimmung nicht geben.

Allen Zuhörern danke ich für die mir entgegengebrachte Aufmerksamkeit.

Harry Gohr, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Gäste!

An dieser Stelle möchte ich mich für die bisher geleistete Arbeit bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die teilweise bis an die Grenzen ihres Möglichen gegangen sind, bedanken.

Im Rahmen der letzten Ratssitzung haben Sie gesagt: Herr Bürgermeister, dass Velbert widerstandsfähiger gemacht werden muss und dafür Sorge zu tragen ist, dass sich unsere Bürgerinnen und Bürger wohl und geborgen fühlen. Dieser Aussage stimme ich vollumfänglich zu. Aber welche Kriterien müssen erfüllt sein damit alle Bürgerinnen und Bürger unsere Stadt als lebenswert empfinden, damit die Menschen gern in dieser Stadt leben und arbeiten wollen?

Ich nenne einige für sehr viele Menschen wirklich wichtige Faktoren:

- eine ausreichende Zahl an Wohnungen mit sozialen und bezahlbaren Mieten,
- genügend Kinderbetreuungsplätze in Kitas und in der Kindertagespflege gemäß dem gesetzlichen Anspruch,
- gute Schulen - modern ausgestattet, gut erreichbar und - bitteschön - auch mit ordentlichen Toiletten,
- Treffpunkte für Jugendliche, (auch außerhalb der Jugendzentren), warum nicht selbstverwaltet?
- Ein attraktiver öffentlicher Nahverkehr mit ausreichenden Kapazitäten zu den Stoßzeiten,
- für die Freizeitgestaltung geförderte örtliche Kultur- und Sportangebote, ein reges buntes Vereinsleben,
- vielfältige Einkaufsmöglichkeiten, lebendige Quartiere,
- ein gepflegter öffentlicher Raum, der gern von unseren Bürgerinnen und Bürgern genutzt wird, auch nach Ladenschluss
- eine intakte Umwelt, deren Wert erkannt und die umfassend geschützt wird,
- keine Angsträume, nirgendwo

Um dieses Idealbild zu erreichen bedarf es noch erheblicher Anstrengungen im Bereich Soziales, Stadtentwicklung und Klimaschutz. Dazu gehört, insbesondere jede Anstrengung im Bereich der Kinderarmut, denn wenn dieser Kreislauf nicht durchbrochen wird, haben wir eine verlorene Generation. Die Einführung des Velbert Passes wäre eine Hilfe für die berechtigten Personengruppen und muss schnellstmöglich realisiert werden.

Vor allen Dingen ist es ein Unding, Stellen im sozialen Bereich nicht zeitnah besetzen zu wollen, sondern mit einem Sperrvermerk zu belegen.

Meine Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir alle reden heute über den Haushalt und damit über die nähere Zukunft unserer Stadt wer soll das bezahlen?

Es bleibt festzuhalten, dass vor der Stadt Velbert große Aufgaben stehen, die DIE LINKE in diesem Haushalt nicht abgebildet sieht.

Sicher gibt es eine Reihe von schwerwiegenden Faktoren die wir alle nicht beeinflussen konnten beziehungsweise können, die aber immense Kosten verursachen, sind vom Bund und vom Land zu verantworten.

Wie auch immer die Ratsmehrheit heute entscheidet alle Gemeinden werden in den nächsten Jahren ins Straucheln kommen. Velbert ist da keine Ausnahme.

Die Schulden für Pandemie, Krieg und Energiekosten werden nicht durch Steuern für Einkommensstarke gedeckt, sondern als zinspflichtige Kredite in die Zukunft verschoben. Der haushaltspolitische Spielraum künftiger Stadträte in Velbert wird so eingeeengt.

Die Linke hat die Schuldenbremse stets abgelehnt, sie ist ein untaugliches Instrument. Denn Schulden müssen in besonderen Situationen gemacht werden wie man an den Sonderhaushalten sieht.

Die dadurch entstehende nachhaltig schlechte finanzielle Situation der Kommune allgemein, aber auch von Velbert wird durch die „legalen“ Schattenhaushalte zu Corona und zum Krieg nur verschleiert.

Unstrittig ist, dass Aufgaben den städtischen Haushalt belasten, die uns vom Bund oder vom Land aufoktroziert werden, die diese aber nicht oder nur teilweise bezahlen, zum Beispiel der Anspruch auf einen Kitaplatz oder der Anspruch ab 2026/27 auf einen Platz in der OGS.

Wenn das Land NRW für die Schulpolitik zuständig ist, warum müssen die Kommunen dann die Schulen mit einem hohen Anteil von 20% bauen und auch noch unterhalten!

Damit werden die Städte und Gemeinden seit Jahren alleingelassen.

Die Anmeldezahlen an unseren beiden Gesamtschulen zeigen uns, dass Eltern und auch Schüler*innen diese Schulform positiv annehmen. Wir weisen jetzt schon darauf hin, dass eine dritte städtische Gesamtschule für Velbert nötig sein wird.

Meine Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich zitiere aus dem Bericht der überörtlichen Prüfung der Stadt Velbert durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen: Die Stadt Velbert hat ein strukturelles Defizit. Keine andere zum Berichtszeitpunkt geprüfte Vergleichskommune hat höhere Gesamtverbindlichkeiten je Einwohner als die Stadt Velbert.

Die Defizite gehen weiter:

Das Gemeinde Prüfungsamt empfiehlt einen Betrag von 1,30€ pro Meter für die Instandhaltung von Straßen, die Stadt Velbert investiert in ihre Straßen lediglich 76 Cent.

Überfällig ist seit langem die Ertüchtigung der Straßen und Fahrradwege, die Renovierung und die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude (z.B. Photovoltaik) eine Liste die beliebig fortgesetzt werden kann.

Ich zitiere weiter aus dem Bericht der überörtlichen Prüfung der Stadt Velbert:

Offensichtlich schlägt sich die hohe Wirtschaftsleistung der Velberter Unternehmen nicht automatisch in einer hohen Steuerkraft nieder. Auch die Kaufkraft der Bevölkerung ist nur durchschnittlich, somit profitiert sie von ihrer hohen Produktivität nur teilweise.

Die Erhöhung des Mindestlohnes ist nur ein Schritt in die richtige Richtung.

Weitere Probleme werden uns noch erreichen. Obwohl wir heute schon am Limit stehen sind die tatsächlichen Kosten für die Geflüchteten, die schon da sind und die noch kommen werden heute noch nicht abschätzbar. Auch hier dürfen Bund und das Land die Mehrkosten nicht auf die Kommunen abwälzen.

DIE LINKE ist für die Gleichbehandlung aller Geflüchteten!

Das Gemeinwesen hat starke Schultern, die es aber nicht tragen. Zehn Prozent der Bevölkerung in Deutschland halten neunzig Prozent des Vermögens.

Wir dürfen die normalen Bürger*innen nicht überfordern. Der Staat muss ein für alle Bürger*innen lebenswertes Umfeld schaffen und mit dem Geld der Bürger sorgsam umgehen.

Mit einem Zitat von Johannes Rau schließe ich meine Rede:

Die Zukunft ist offen, sie ist kein unentrinnbares Schicksal und kein Vermächtnis. Sie kommt nicht einfach über uns, wir können sie gestalten mit dem was wir tun und mit dem was wir nicht tun.

Die Linke lehnt den vorliegenden Haushalt ab

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Martin Schwarz, Vorsitzender der Fraktion Die Piraten

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
geschätzte Ratskolleg*innen, liebe Velberter*innen,

zweimal verschoben wurde die Verabschiedung dieses Haushaltes, einmal weil der Kämmerer nicht wusste, wie er ihn darstellen sollte und einmal, weil das von CDU und Grünen so gewünscht war.

Nun sind die ersten fünf Monate dieses Haushaltsjahres fast herum, ohne dass wir einen beschlossenen Haushalt haben. Ein hoffentlich einmaliger Vorgang. Wer die Beratungen und Abstimmungen über die Budgets in den einzelnen Ausschüssen verfolgt hat, dem wurde schnell klar, dass dieser Haushalt, über den wir heute abstimmen, kein einfacher Haushalt ist.

Der Kämmerer konnte einen ausgeglichenen Haushaltsplanentwurf nur unter Zuhilfenahme der bilanziellen Isolierungshilfe für sogenannte Corona- und Ukraineschäden vorlegen. Allein das klingt schon irgendwie merkwürdig, da die Pandemie offiziell vorbei ist. Schnell vergessen ist der Virus nach der Aufhebung der Maskenpflicht, was uns von ihm bleibt, ist ein Haufen Schulden.

Schulden...

Es sollen also wieder Schulden gemacht werden, die wir uns nicht leisten können und die zu Lasten der nächsten Generation gehen.

Jetzt könnten wir natürlich dieses Jahr noch bequem die Schuld für unsere finanziellen Probleme auf Corona und den Krieg in der Ukraine schieben, doch es ist immer noch das Gleiche, was wir vor Jahren schon bemängelt haben. Zu viele Gelder wurden und werden für freiwillige Leistungen ausgegeben, statt sie für Pflichtaufgaben zu verwenden.

Als ein Beispiel möchte ich da das weitere Aufblasen der Abteilung der Wirtschaftsförderung benennen:

„Seit 2016 hat sich die Anzahl der Mitarbeiter*innen in dieser Abteilung verdoppelt und das bei gleichgebliebenen Aufgaben.

Arbeiten wie das Innenstadtmanagement wurden sogar an externe Mitarbeiter*innen vergeben. Trotzdem konnten in diesem Bereich keine Erfolge verbucht werden, im Gegenteil, die Stadtgalerie entwickelt sich zu einem Schandfleck und die Innenstadt leidet unter Rekordleerständen. Corona hat dabei den Tradingdown Effekt nur beschleunigt.“

Darauf habe ich schon letztes Jahr hingewiesen. Bedauerlicherweise hält dieser Trend weiter an.

Die Presse schreibt schon: „Viele Geschäfte kehren Velbert den Rücken.“

Die Konsequenz davon ist, dass es nicht mehr alles in Velbert zu kaufen gibt und viele Einwohner gar nicht mehr zum Einkaufen in die Innenstadt fahren, sondern direkt im Internet kaufen oder in die umliegenden Städte fahren.

Dies führt zu einem Dominoeffekt, der irgendwann nicht mehr zu stoppen ist, wie z.B. in der Nevigeser Innenstadt.

Ein weiteres Beispiel für freiwillige Leistungen, die wir uns nicht leisten können, ist die Umgestaltung des Außengeländes am Schloss Hardenberg, bei der unter anderem geplant ist, neue Flächen anzukaufen und einen gut funktionierenden Minigolfplatz umzubauen. Des Weiteren ist geplant, im Mühlengebäude ein Restaurant anzusiedeln.

In der Vorburg ist bereits ein Restaurant gescheitert!

Warum sollte es dann ein paar Meter weiter weg funktionieren, in einem Gebäude, das für die gastronomische Nutzung noch weniger geeignet ist.

Ein teurer Leerstand, wie auch in der Vorburg, könnte also durchaus die Folge sein.

Die Gesamtkosten für die Umsetzung der Umgestaltung des Außengeländes werden eine zweistellige Millionensumme betragen. Eine Summe, die wir lieber in Pflichtaufgaben wie die Sanierung von Schulen und Sportstätten und den Bau von Kindertagesstätten gesteckt hätten.

Kosten in dieser Höhe, die für die Umsetzung des Masterplanes Schloss Hardenberg entstehen, halten wir deswegen in Zeiten knapper Kassen für nicht vertretbar.

Es geht weiter:

- die unnötige Anmietung eines Lagers für das Schloss- und Beschlägemuseum - ein Lager, das für die Einlagerung von Exponaten nicht geeignet ist.
- Kosten durch die Bauzeitverlängerung bei der Sanierung des Bürgerforums - schwach begründet durch den Auftragnehmer und verursacht durch schlechte Arbeit der Verwaltung.
- ein überteuerter Rathausankauf, der dafür sorgt, dass wir nun viel Geld in die Sanierung des Parkhauses und des Anbaus stecken müssen.

Doch nicht nur in dem nicht barrierefreien Rathaus gibt es erheblichen Sanierungsbedarf. Erheblichen Instandhaltungsrückstand gibt es in vielen städtischen Gebäuden, besonders - wie bereits erwähnt - in Schulen und Sportstätten.

Die Ablehnung eines Förderbescheides dafür zeigt, dass, wer auf Fördergelder baut, schnell auf die Nase fallen kann. Mehr Eigenverantwortung ist dort dringend notwendig!

Dies ist auch der erste Haushalt, bei dem uns der Kämmerer nicht alle unsere Fragen zum Haushaltsplanentwurf beantwortet hat, obwohl er dafür mehr Zeit hatte als jemals zuvor.

Ein Novum für uns!

Wie auch die Aufforderung des Kämmerers an den Landrat, möglichst hohe Coronaschulden zu machen, um die Städte zu entlasten. Schulden machen ist nie eine Entlastung.

Sie verschieben nur den Zahlungszeitpunkt.

Mehrkosten, bei denen jetzt schon klar ist, dass sie in den nächsten Jahren für die Gesamtschule Neviges anfallen werden, wurden einfach nicht für die kommenden Jahre eingeplant.

Ideen von Gestern, wie der Stadtgutschein, laufen nicht und gehen zu Lasten des Velbert Passes, den wir einführen wollten. Trotzdem wird daran von der Verwaltung festgehalten.

Die Einrichtung neuer Stellen im Bereich der Feuerwehr und des Rettungswesens, der IT, bei den Bürgerdiensten und dem Bereich Jugend und Soziales sehen wir als notwendig an. Deswegen verstehen wir nicht, dass andere Parteien dafür einen Sperrvermerk beantragen.

Es kommt hinzu, dass innerhalb der Stadtverwaltung weniger Personal ausgebildet wird als wir benötigen, denn es scheiden aus Altersgründen in den kommenden Jahren sehr viele Mitarbeiter aus.

Der vom Rat beschlossene Kooperationsvertrag mit der TBV ist schon lange abgelaufen und wurde durch die Verwaltung einfach verlängert. Trotz Nachfrage im Rahmen des Haushaltes wurde uns dazu von der Kämmerei keine Antwort gegeben. So wundert es uns nicht, dass

Dinge wie die Barrierefreiheit in den städtischen Räumen und in den Gebäuden der Stadt, kaum zu finden ist.

Weiterhin werden also nicht abgesenkte Bordsteine, hochstehende Gehwegplatten, Poller, Blumenkübel, Fahrradständer, Mülltonnen auf Gehwegen, Treppen, wo keine sein müssten, existieren.

Für einen jungen gesunden Menschen ist das kein Problem, aber für einen alten Menschen oder einen Menschen mit Behinderung sind dies alles Dinge, die einem das Leben schwer machen.

Abhilfe könnte die TBV schaffen. Doch wer sich die Baumaßnahmen der TBV mal genauer anschaut, wird feststellen, dass die Situation meistens eher verschlimmert als verbessert wird.

Maßnahmen im Bereich Klima- und Artenschutz in Velbert wurden zwar beschlossen, doch nur zögerlich von der Verwaltung und der TBV umgesetzt; teilweise sogar einfach ignoriert. Davon zeugen beispielhaft die mit Steinen gefüllten Betonkübel, auf dem von der TBV sanierten Spielplatz „Am weißen Stein“. Diese Sanierung hat einen hässlicher Steingarten mehr in Velbert erzeugt und nicht nur das, der Spielplatz wurde mit Spielgeräten ausgestattet, die kein Kind gerne benutzt. Nach kurzer Zeit stellt sich Langeweile ein. Er ist unbespielbar.

Dies waren für uns alles Dinge, die wir nicht so hinnehmen wollen.

Wir lehnen diesen Haushaltsplanentwurf ab!

Mit piratigen Grüßen